



Antrag

Vorlage: AT/0090/2019		Datum: 06.09.2019			
Verfasser: 05-Ratsfraktion FW		Az.:			
Betreff:					
Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Zahlen und Daten zu Gewalt an Frauen					
Gremienweg:					
25.09.2019	Gleichstellungsausschuss	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

Die FW-Fraktion beantragt:

Der Gleichstellungsausschuss (der Stadtrat) möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, Daten und Fakten zu Frauen in Koblenz zu ermitteln, vorrangig zu Gewalt an Frauen und Kindern, vorzugsweise Berichtszeitraum 2019/2020. Die ermittelten Daten sollen in einem Bericht zusammengefügt und allen Beteiligten als Arbeitsgrundlage und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Die Situation von Migrantinnen sollte selbstverständlich darin berücksichtigt sein.

Folgende Punkte sind notwendig:

- Sexualdelikte an Frauen
- Missbrauch an Kindern
- Hilfsangebote für Opfer von Gewalt
- Hilfsangebote für Frauen und Kinder
- Häusliche Gewalt
- Polizeieinsätze
- Verfahren der Staatsanwaltschaft (Ergebnisse und Begründung)
- Frauenhaus (Belegzahlen und Zahlen über abgewiesene Frauen)
- Frauennotruf
- Solwodi
- Interventionsstelle
- genitale Verstümmelung
- Zwangsverheiratung
- Prostitution
- Abschiebung von Migrantinnen (Gründe)

Begründung:

Die Gewalt an Frauen und Kindern nimmt zu. Ein weiteres Frauenhaus im nördlichen RLP ist notwendig. Eine E-Mail-Petition an die Bundesregierung nennt 110 getötete Frauen und Mädchen und weitere Vermisste in Deutschland bis Ende August 2019. Das sind erschreckende Zahlen für eine Zivilgesellschaft, die demokratisch regiert wird, in denen Männer und Frauen gleichberechtigt sind und die sich nicht im Krieg befindet.

Die ermittelten Daten zum Projekt „Daten und Fakten zu Frauen in Koblenz, Teilprojekt Gewalt an Frauen und Kindern“ sollen Grundlage für notwendige Maßnahmen sein.
Weitere Projekte „Partizipation von Frauen (und Männern)“, „Erwerbstätigkeit von Frauen (und Männern)“ könnten folgen.